

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Nicole Maisch, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Sylvia Kotting-Uhl, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gentechnikfreie Regionen stärken – Bundesregierung soll Forderungen aus Bayern aufnehmen und weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wie von führenden CSU-Politikern zutreffend festgestellt, gibt es derzeit für Landwirte und Verbraucher keinen Nutzen durch Agrogentechnik. Darüber hinaus lehnen Verbraucher mehrheitlich gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Schon deshalb verzichten Landwirte auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Denn wer baut an, was niemand kaufen will? Zumal die aktuell verfügbaren gentechnisch veränderten Maissorten für die Landwirtschaft langfristig weder pflanzenbauliche noch ökonomische Vorteile haben.

Es gibt zu viele offene Fragen und kaum abschätzbare Risiken durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für Landwirtschaft und Natur. Trotzdem dürfen nach gegenwärtiger Rechtslage weder der Bund noch einzelne Bundesländer den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen, die den Anforderungen der EU-Freisetzungsrichtlinie entsprechen, verbieten. Darum muss auf EU-Ebene dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen hinsichtlich der Regelungen zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bekommen, so dass die gentechnikfreie Landwirtschaft und wertvolle Naturräume besser geschützt werden können.

II. Übereinstimmend mit den Forderungen aus der CSU fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass zukünftig Regionen in anderen europäischen Mitgliedstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für den gewerblichen Anbau oder die Forschung selbst entscheiden können, so dass unter anderem Gebietskörperschaften, zum Beispiel Landkreise, die rechtliche Möglichkeit bekommen, mit bindenden Beschlüssen den kommerziellen Anbau abzulehnen,
- sich auf europäischer Ebene für ein Moratorium für die weitere Anbauzulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen, solange das EU-Zulassungsverfahren hinsichtlich der Risikoforschung und -bewertung nicht verbessert und die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen nicht gewährleistet ist,

- gentechnikfreie Regionen mit strukturellen und finanziellen Mitteln zu unterstützen.

Berlin, den 2. September 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die oben genannten Feststellungen und Forderungen stammen sinngemäß von CSU-Politikern wie Horst Seehofer, Markus Söder, Marcel Huber oder Josef Miller sowie aus einem Antrag der Fraktion der CSU, der am 24. Juni 2008 in den Bayerischen Landtag eingebracht wurde. Die Bundesregierung sollte nun diese Vorstöße der CSU zur Stärkung der gentechnikfreien Regionen auch auf Bundesebene umsetzen.

Wichtig ist im Bereich der Agrogentechnik nicht nur eine Stärkung der gentechnikfreien Regionen, sondern auch, dass zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, der Imker und der Umwelt der Anbau des umstrittenen gentechnisch veränderten Maises MON810 verboten wird. Dieses Verbot liegt – anders als eine Änderung der EU-Vorschriften zur Stärkung der gentechnikfreien Regionen – direkt in der Kompetenz und den Möglichkeiten der Bundesregierung. Mit einem Anbauverbot von MON810-Mais – wie er von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im Frühjahr in dem Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/7835 gefordert wurde und der mit den Stimmen auch der CSU-Abgeordneten abgelehnt wurde – könnte den Landwirten in den gentechnikfreien Regionen direkt und sofort geholfen werden.

MON810-Mais wurde vor über 10 Jahren von der EU mit Zustimmung des damaligen Bundesministers für Gesundheit Horst Seehofer zugelassen. Angebaut wurde er in Deutschland nicht, weil ihm die Sortenzulassung fehlte. Renate Künast hat als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft dafür gesorgt, dass MON810-Mais nicht in den freien Verkauf gelangte. Nachdem Horst Seehofer neuer Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geworden ist, hat er quasi als erste Amtshandlung für die bundesweite Zulassung von MON810-Sorten gesorgt. Diesen Fehler gilt es nun zu revidieren.